

Handel.

Mitteluropäische Zollunion?

Im Anschluß an unsere Mitteilungen in der Montag-Abendausgabe unseres Blattes über die in Berlin abgehaltene Sitzung des Gesamtvorstandes des Deutsch-Oesterreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes, in der unsere handelspolitischen Beziehungen zu Rußland und zu Oesterreich-Ungarn zur Besprechung gelangten, wird uns von geschätzter Seite geschrieben:

Die Frage der künftigen Gestaltung des Handels- und zollpolitischen Verhältnisses des Deutschen Reiches zu Oesterreich-Ungarn bewegt seit langem die Gemüter, um so mehr, als bekannt ist, daß zwischen den Regierungen wiederholt eingehend darüber verhandelt worden ist, ohne daß man jedoch genauer hörte, ob und welche Ergebnisse diese Verhandlungen gehabt haben, in welcher Richtung sie sich überhaupt bewegen. Während man früher andeutungsweise erfuhr, es werde ein gemeinsames zolltarifliches Schema ausgearbeitet, dem unter Umständen auch die Einführung gleicher Zölle in beiden Ländern folgen solle, und im übrigen erwogen werden solle, inwieweit ein Abbau der Zölle im Deutsch-Oesterreichisch-ungarischen Zwischenverkehr wünschenswert und möglich sei, mehrten sich leghin die Anzeichen, als ob neuerdings den Verhandlungen ein erheblich weiteres Ziel gesteckt sei, und zwar das einer das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn umfassenden Zollunion. Die Rückwirkung ist auch nicht ausgeblieben. Von süddeutsch-agrarischer Seite wurde nachdrückliche Verwahrung gegen eine derartige Politik eingelegt, die auch im jetzigen Lager in den Kreisen der österreichischen Industrie und vor allem in Ungarn Widerspruch begegnet, dessen Wunsch eher auf eine Trennung des Zollbundes mit Oesterreich als auf eine Ausdehnung dieses Bundes auf Deutschland geht. Wenn man in Deutschland aber neuerdings in der Öffentlichkeit mehr als früher dem Gedanken der Zollunion Interesse zuwendet, so dürfte das in berechtigtem Zusammenhang mit der Lösung der polnischen Frage zu bringen sein. Im Falle ihrer Lösung in dem Sinne, daß Polen mit Oesterreich-Ungarn durch eine Personal-Union unter dem Kaiser und König Karl verbunden würde, und wenn in ihrem Gefolge eine Zollunion zwischen Oesterreich-Ungarn und Polen ins Leben tritt, ist allerdings die Gefahr einer Vernachlässigung der deutschen Wirtschaftsinteressen in Polen nicht von der Hand zu weisen. Um einer derartigen Stellung Oesterreich-Ungarns in Polen das Gegengewicht halten zu können, müßte Deutschland dasselbe Verhältnis zu Polen anstreben, und deshalb — so folgert man — müßte Deutschland die Zollunion mit Oesterreich-Ungarn eingehen, weil nur über sie der Weg zur Zollunion mit Polen führe.

Diese Beweissführung dreht die logische Kette um. Nicht die Schaffung eines Austro-Polens darf die Prämisse sein, sondern die Beurteilung dieser Frage muß ihrerseits vom deutschen Standpunkt aus in erster Linie aus dem Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Folgen für uns selbst geschehen. Dabei sei ganz davon abgesehen, welchen Einfluß die Schaffung einer solchen Zollunion auf das künftige westeuropäische Ausland haben würde und inwiefern sie geeignet wäre, die künftigen Friedensverhandlungen mit den Westmächten zu verumständlichen oder den Grund für einen Wirtschaftskrieg abzugeben. Es sei vielmehr nur auf die intern mitteluropäischen Folgen hingewiesen. Geseht den Fall, es gelänge in den jetzigen Verhandlungen unter dem Druck der Verhältnisse einen Zolltarif für die deutsch-oesterreichisch-ungarisch-polnischen Zollunion auszuarbeiten, der einen erträglichen Ausgleich der widerstrebenden Interessen der heterogenen Wirtschaftsbiete darstellte. Im Laufe der Zeit würden sich alsdann die Verhältnisse, unter

denen die jetzige Regelung erfolgt ist, ändern. Wird es aber in Zukunft gelingen, unsere und Oesterreich-Ungarn-Polens Wünsche zu einer einmütigen Anpassung an sie zu bringen? Zur Verantwortung dieser Frage genügt der Hinweis auf die jeweiligen, mehr oder weniger kurzfristigen Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn, die nicht ohne schwere und schwierige Kämpfe vor sich zu gehen pflegen. Denken wir uns zu ihnen den weiter erforderlich werdenden Ausgleich mit dem nur durch Personalunion mit ihnen verbundenen, sonst aber selbständigen und unzweifelhaft höchst selbstbewußten Polen hinzu und weiterhin die Notwendigkeit für Deutschland, sich seinerseits mit dieser Dreieinigkeit, bezw. Dreieinigkeit, zu verständigen, so erblickt ohne weiteres, daß eine bewegliche Handels- und zollpolitische von einem aus so heterogenen Elementen zusammen gesetzten Körper nicht zu erwarten ist. Sein Wablspruch würde vielmehr für die Zukunft ein verhängnisvolles *quies non movere* sein müssen. Das würde aber für die deutsche Wirtschaft in handelspolitischer Hinsicht einen Zustand bedeuten, wie er auf dem Gebiete der allgemeinen Politik in den Zeiten des deutschen Bundes von 1815 bis 1866 nicht schlimmer war. Der unzweifelhaft großen Tat der Schaffung der deutsch-oesterreichisch-ungarisch-polnischen Zollunion würde alsdann dormalenst mit Notwendigkeit die größere Tat der Sprengung dieser Union folgen müssen, wenn anders wir im Deutschen Reiche überhaupt in Zukunft eine selbstbewußte, unseren eigenen Wirtschaftsbedürfnissen entsprechende Handelspolitik treiben wollen.

Das wären die Folgen der Zollunion mit Oesterreich-Ungarn und Polen. Die Auswirkung daraus auf die polnische Frage selbst zu ziehen, dürfte sich erübrigen.